

Neue Zielsetzungen

Wie wird Europa im Jahr 2025 aussehen?

Deutsch-französischer Zukunftsdialog 2015*



Zum ersten Mal hatte sich das bilaterale Projekt Deutsch-französischer Zukunftsdialog 2014 auch anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union geöffnet. Nach Italien war 2015 das Vereinigte Königreich an der Reihe.

L'Europe de 2025

Huit mois avant le référendum sur le maintien ou la sortie de la Grande-Bretagne de l'Union européenne, les initiateurs du Dialogue d'Avenir franco-allemand, organisé depuis 2007 par la Société allemande de Politique étrangère (DGAP) et

le Comité d'Etude pour les Relations franco-allemandes (Cerfa) de l'Institut français des relations internationales (ifri), avec le concours de



la Fondation Robert Bosch, avaient convié pour la première fois de futurs décideurs britanniques à échanger leurs visions de l'Europe de 2025 – avec participation de la Grande-Bretagne.

Le bilan de ces travaux a été publié en allemand et en anglais.

Réd.

Seit 2007 nehmen junge Nachwuchskräfte aus Deutschland und Frankreich auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und des Studienkomitees für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) des *Institut français des relations internationales* (Ifri) mit Unterstützung der Robert Bosch Stiftung an Workshops teil, um sich über die Zukunft Europas auszutauschen und aktuelle europäische Fragen zu erörtern. Acht Monate vor dem britischen Referendum vom 26. Juni 2016 über den Austritt Großbritanniens aus der Union (Brexit) führten die zukünftigen Entscheidungsträger in Bradford hef-

tige Debatten zu etlichen Themen mit unterschiedlichen Einschätzungen. Die Gruppendiskussionen hatten das Ziel, längerfristige Entwicklungen anzuregen, ohne dabei den Anspruch darauf zu erheben, die Zukunft vorherzusagen. Vielmehr ging es dabei, eine Reihe möglicher Entwicklungen zu erkunden, Zielsetzungen zu bestimmen und potenzielle Gefahren und Chancen zu erkennen. Wichtiger Hinweis: Alle Gruppen entwickelten gemeinsame Ideen, wie die Europäische Union ihrer Meinung nach im Jahre 2025 aussehen sollte – mit dem Vereinigten Königreich als Mitglied.

* An dem deutsch-französischen Zukunftsdialog mit britischer Beteiligung haben im Oktober 2015 in Bradford teilgenommen: Hannes Alpen, Gregory Barnes, Anaïs Bordes, Barry Colfer, Nina Eggert, Axel Fischer, Arnaud Foubert, Ulrike Franke, Patrick Harris, Maja Iffland, Philipp Kuhn-Régnier, Erica Jane Lee, Ronny Leideritz, Bénédicte Martin, Selma Polovina, Anna Lena Rau, Renaud Thillaye, Charline Vasseur, Gaëlle Winter.

Demokratie

Damit die Europäische Union politisch zukunfts-fähig wird, müsste zuerst das oft diskutierte Problem des „Demokratiedefizits“ gelöst werden. Die Vorstellung der deutsch-französisch-britischen Gruppe sieht die Bildung eines Umfelds vor, das die Bürger, indem es sie direkter repräsentiert, ideell stärker an die Union bindet. Die Vorschläge gründen auf der Idee einer parlamentarischen Demokratie, welche die direkte demokratische Vertretung weiterentwickelt und verbessert.

Das erste Hindernis, das einer Umsetzung dieser Vorstellung im Wege steht, ist die Schwierigkeit, eine einzige Wählerschaft innerhalb der Europäischen Union zu schaffen. Doch die Teilnehmer glauben, dass einer der Hauptgründe für die mangelnde Identifikation der Wählerschaft mit der Union in ihrer nur indirekten Beziehung zueinander liegt. Deswegen wird eine Harmonisierung von Wählerregistrierung und Wahlverfahren in allen Mitgliedstaaten vorgeschlagen, und als konkrete institutionelle Verkörperung dieser Idee die Schaffung eines einzigen Wählerverzeichnisses für die gesamte Union. Jeder EU-Bürger würde sich für sämtliche Wahlen (auf sämtlichen Ebenen) in dieses Wählerverzeichnis eintragen lassen. Das Verzeichnis würde auf supranationaler Ebene geführt. Auch bei Wahlen auf nationaler oder regionaler Ebene würden die Mitgliedstaaten dieses Register verwenden. Ein positiver Zusatzeffekt dieser Vorgehensweise bestünde darin, dass sie „Wahltourismus“ unterbinden würde, also die mehrfache Stimmabgabe innerhalb einer Wahl durch Einzelpersonen, die einen Wohnsitz in mehreren Ländern haben.

Ein zweites Hindernis besteht in dem gravierenden Problem des mangelnden Vertrauens, das die Wählerschaft europäischen Angelegenheiten entgegenbringt und das ihre unzureichende Beziehung zur Arbeitsweise und politischen Entscheidungen und Ergebnissen der Europäischen Union aufzeigt. Daher schlagen die Workshop-Teilnehmer eine stärkere Koppelung der Parteien auf nationalstaatlicher Ebene an die politischen Gruppierungen auf EU-Ebene vor. Als wünschenswertes Ergebnis könnte dies sogar zur Bildung eigenständiger politischer Parteien auf EU-

Ebene führen. Ein weiteres Problem in der Weiterentwicklung einer Agenda direkter politischer Repräsentation auf EU-Ebene besteht in der *Gatekeeper*-Kontrollfunktion der Regierungen der Mitgliedstaaten. Dieses dritte Hindernis ist teilweise der Wahrnehmung der einzelnen Regierungen geschuldet, dass jeglicher Zuwachs an direkter Repräsentation (durch das Europäische Parlament oder andere Instrumente) einer Einschränkung ihrer eigenen Befugnisse gleichkommt. Um dieses Problem anzugehen, müsse die Legitimität des Parlaments gestärkt werden, damit die Bürger sich darin stärker repräsentiert fühlen. So würde eine stärkere Identifizierung mit der Union und Vertrauen ihr gegenüber gefördert.

Danach müsste man sich auch mit der Rolle der nationalen Regierungen auseinandersetzen. Eine Umverteilung der Sitzvergabe im Parlament wird diskutiert, die die Gruppe einigt sich auf die Formel, dass eine Million Wählerstimmen einem Sitz entsprächen. Es fände eine regelmäßige Überprüfung der Sitzverteilung statt, auch erhielte jeder Staat mindestens einen Sitz.

Nachdem so die Legitimität des Europäischen Parlaments gestärkt worden wäre, würde der vierte Schritt darin bestehen, die Macht des Straßburger Parlaments zu erweitern – und zwar, indem die Exekutive (die Europäische Kommission) innerhalb der Legislative (dem Parlament) angesiedelt würde. Die im Parlament vertretenen Parteien würden über ein ihrer Sitzzahl entsprechendes Kontingent an Kommissarinnen und Kommissaren verfügen. Diese wären Parlamentsmitglieder und zudem für die Aufsicht der Generaldirektionen verantwortlich. Das würde nicht nur manche Kritik an der Europäischen Kommission als Technokratie ohne Rechenschaftspflicht eindämmen, sondern auch den Volksvertretern eine Führungsrolle zusprechen.

Zu guter Letzt würden wird der kritische Punkt einer wachsenden Regionalisierung in den Mitgliedstaaten der Union angegangen. Die lauter werdenden Forderungen bedeutender Regionen nach mehr Autonomie (insbesondere in Schottland, Katalonien und Flandern) stellen für die jeweiligen nationalen Regierungen ein Problem dar. Die Teilnehmer des Zukunftsdialogs unterbreiten den Vorschlag, diesen Regionen im Rahmen der

Union und deren mehrstufiger Politikgestaltung mehr Entscheidungsbefugnisse und eine formellere Anerkennung ihrer jeweiligen Funktion zuzugestehen. Dies könnte dadurch geschehen, dass dem Ausschuss der Regionen mehr Macht zugestanden wird, eventuell sogar ein ähnlicher institutioneller Status wie der des Rates, der Kommission und des Parlaments. Regionalorganisationen wären somit stärker repräsentiert, würden an Legitimität gewinnen und könnten in bestimmten Bereichen *Gatekeeper* der nationalen Ebene umgehen. Zudem würde das Subsidiaritätsprinzip respektiert, indem die institutionelle Vertretung näher – weil auf regionaler, eher denn als auf nationaler Ebene – an die Bürger getragen würde. Dies ist gerade in jenen Regionen von besonderer Bedeutung, in denen sich eigene kulturelle Identitäten mehr Geltung verschaffen möchten.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Der soziale Zusammenhalt und die Solidarität in Europa stehen heute vielen Herausforderungen gegenüber. Die Arbeitslosigkeit ist groß, insbesondere unter Jugendlichen. Gleichzeitig wachsen die sozialen Ungleichgewichte sowohl innerhalb der Mitgliedstaaten als auch zwischen ihnen. Gerade

angesichts der Wirtschaftskrise hat sich eine Nord-Süd-Spaltung innerhalb Europas aufgetan. Bürger, die sich desillusioniert oder sogar entrechtet fühlen, sind von Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus angezogen.

Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa zu gewährleisten und zu verbessern, glauben die Teilnehmer, dass für führende Politiker und EU-Institutionen ein Kurswechsel vonnöten ist. Bislang lag der Schwerpunkt auf strukturellen Wirtschaftsreformen, die Gruppe hingegen würde lieber die „soziale Dimension“ stärker unterstreichen, um eine Verbesserung der Arbeitnehmerrechte und der Aussichten auf dem Arbeitsmarkt zu erzielen. Eine EU-Haushaltspolitik, die umverteilend wirkt, könnte die Spaltung zwischen „Zentrum und Peripherie“ angehen, die sich im heutigen Europa herausgebildet hat. Auch eine wahrhaft europäische Antwort auf die Flüchtlingskrise wäre vonnöten.

Einige konkrete Initiativen und Institutionen werden vorgeschlagen:

- Eine stärker integrierte Arbeitsmarktpolitik
- Eine umfassende und bessere Nutzung des Europäischen Job-Netzwerks EURES
- Eine Erweiterung der neugeschaffenen Europäischen Jugendgarantie

Démocratie

La vision d'une démocratie parlementaire qui améliorerait la représentation démocratique est relativisée par la difficulté de créer un électorat commun au sein de l'Union européenne qui permettrait pourtant une meilleure identification aux idées de l'Europe. C'est la raison pour laquelle les participants aux ateliers du Dialogue d'Avenir ont suggéré une harmonisation des inscriptions d'électeurs et des modes de scrutin, ainsi que la création d'une liste unique supranationale d'électeurs pour l'ensemble de l'Union qui permettrait à chacun de s'inscrire pour tous les rendez-vous électoraux à tous les niveaux. Autre handicap : le grave problème du manque de confiance envers les questions européennes et les décisions politiques. Les participants ont proposé la création de partis politiques indépen-

dants à l'échelle européenne. Les jeunes Français, Allemands et Britanniques réunis à Bradford ont proposé par ailleurs l'adoption d'une formule commune qui accorderait à chaque Etat un siège au Parlement de Strasbourg pour un million de suffrages, ce qui renforcerait sa légitimité. Par ailleurs, les partis représentés à Strasbourg pourraient nommer un contingent de commissaires européens en fonction de leur score aux élections européennes. Enfin, face à la régionalisation croissante dans les Etats membres de l'Union européenne (Ecosse, Catalogne, Flandres), une réorganisation des participations régionales, avec un pouvoir de décision accru, leur donnerait plus de pouvoir et de légitimité, surtout dans les régions qui souhaitent donner plus de visibilité à leur identité culturelle.

Réd.

- Ein gemeinsamer Mindestlohn, basierend auf dem Medianeinkommen
- Eine gemeinsame Mindestrente, basierend auf dem Medianeinkommen
- Ein Programm zur Europäischen Arbeitslosenversicherung
- Eine strategische Allianz zwischen Europäischer Kommission, Gewerkschaften und Unternehmen der Mitgliedstaaten sowie Angestellten zur Nivellierung des Lohngefälles zwischen den Geschlechtern
- Ein EU-Amt für Migration und Flüchtlinge
- Eine Quotenregelung zur Verteilung von Flüchtlingen
- Mindeststandards für den Empfang und die Integration von Flüchtlingen, bei Bedarf unterstützt durch EU-Förderung.

Die Durchführung dieses Maßnahmenkatalogs erfordert sowohl die Schaffung neuer Institutionen als auch erweiterte Befugnisse der EU – eine notwendige Voraussetzung hierfür ist eine Vertragsänderung.

Erstens: Um eine Vertragsänderung überhaupt durchführen zu können, müsste die Union mehr öffentliche Unterstützung für ein „soziales Europa“ gewinnen. Diese Unterstützung könnte etwa durch eine Debatte auf europäischer Ebene zur Notwendigkeit eines sozialen Europas und größerer Solidarität zwischen den europäischen Ländern zustande kommen. Mehr Schulbildung zur Europäischen Union und stärkere Teilnahme am *Erasmus*-Programm könnten als weitere Stütze wirken.

Zweitens: ein so radikaler Kurswechsel in der EU-Politik muss sowohl von Politikern als auch Personen der Zivilgesellschaft angeführt werden. So kann etwa die Gründung einer „Europäischen Sozialkoalition“ durch die *Erasmus*-Generation sozialdemokratische Politik auf EU-Ebene wiederbeleben.

Die Investitionskosten, die diese neue Prioritätensetzung mit sich bringen würde, und die Schaffung der notwendigen Strukturen, damit die Union ein solches erweitertes Aufgabenspektrum würde bewältigen können, stellen ein abschließendes und entscheidendes Hindernis dar. Die Prioritäten des EU-Haushalts müssten neu geordnet werden. Zudem müssten die Mitgliedstaaten davon überzeugt werden, dass es weniger darum geht, um jeden Preis einen Anstieg des Haushalts zu vermeiden, sondern vielmehr auch alternative Einnahmequellen auf europäischer Ebene diskutiert werden könnten – etwa durch die Bekämpfung von Steuerflucht und -vermeidung oder durch eine Finanztransaktionssteuer.

Doch letztendlich hängt der soziale Zusammenhalt in Europa nicht nur von den EU-Institutionen ab; auch die Bürger Europas müssen die Solidarität miteinander wiederentdecken und Migranten und Flüchtlinge willkommen heißen; die Regierungen der Mitgliedstaaten dürfen nicht nur auf die öffentliche Meinung reagieren, sondern müssen auch Verantwortung für sie übernehmen und sie in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft mitgestalten.

Cohésion sociale

Pour assurer et maintenir la cohésion sociale en Europe, les participants ont proposé un changement de cap de la part des dirigeants politiques et des institutions, en mettant en avant la dimension sociale plutôt que de placer l'action politique dans le seul cadre des réformes économiques structurelles. Parmi les initiatives concrètes discutées et formulées à Bradford figure une politique du marché du travail qui soit mieux intégrée. Il est question également d'un salaire minimum commun et d'une retraite com-

mune recalculés sur la base des revenus médians. Une assurance chômage européenne, un Office européen des migrations, une répartition des réfugiés par quotas – toutes ces idées supposent la création de nouvelles institutions et des pouvoirs élargis de l'Union européenne, et donc une modification des traités. Mais surtout, ce changement de cap radical devrait être voulu et prôné aussi bien par les hommes politiques que les représentants de la société civile, ce qui suppose la fondation d'une coalition sociale européenne mise en place par la génération *Erasmus*, mais aussi la définition de nouvelles priorités budgétaires. Réd.